

Befragung im INSA-Meinungstrend

(34. – 35. KW 2017)



Feldzeit:

25.08. – 28.08.2017

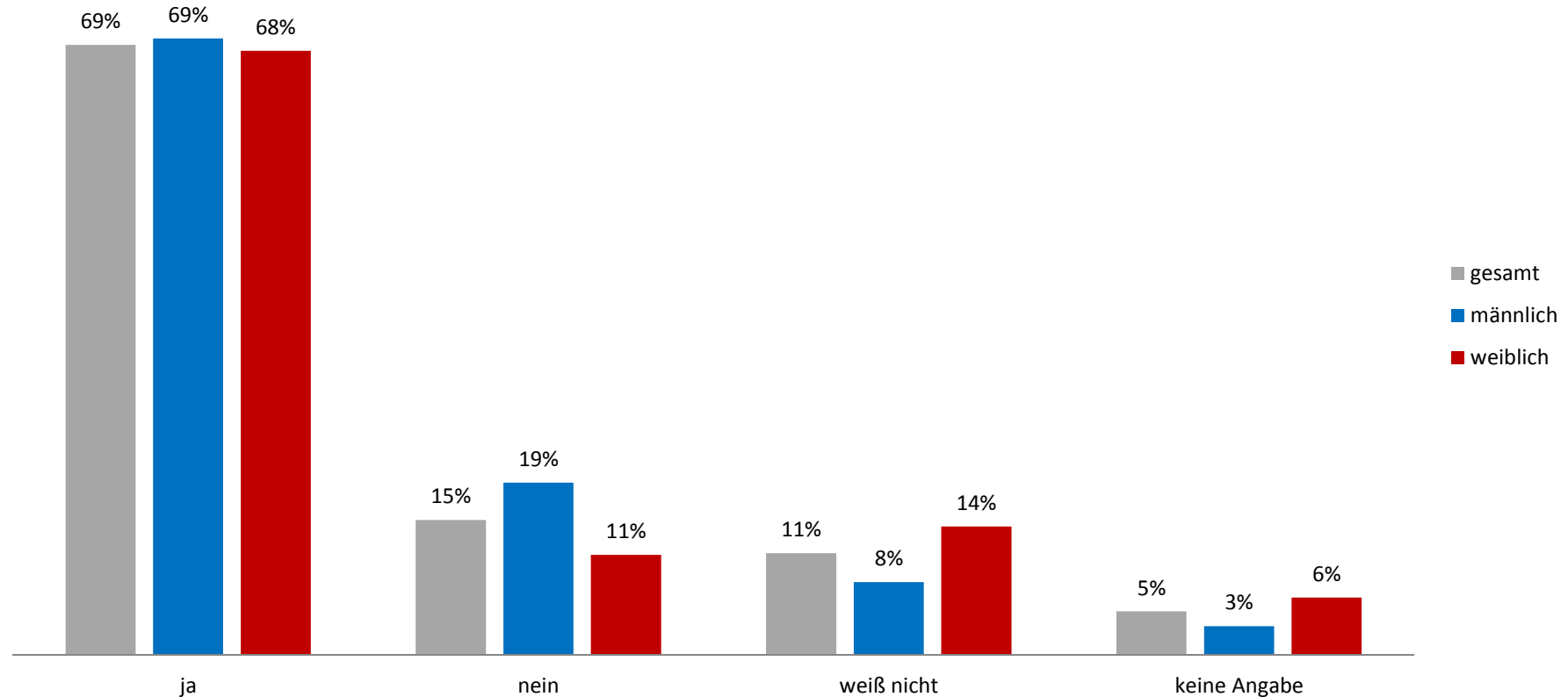
Methodik:

Die Umfrage wurde als Online-Befragung durchgeführt.

Stichprobe:

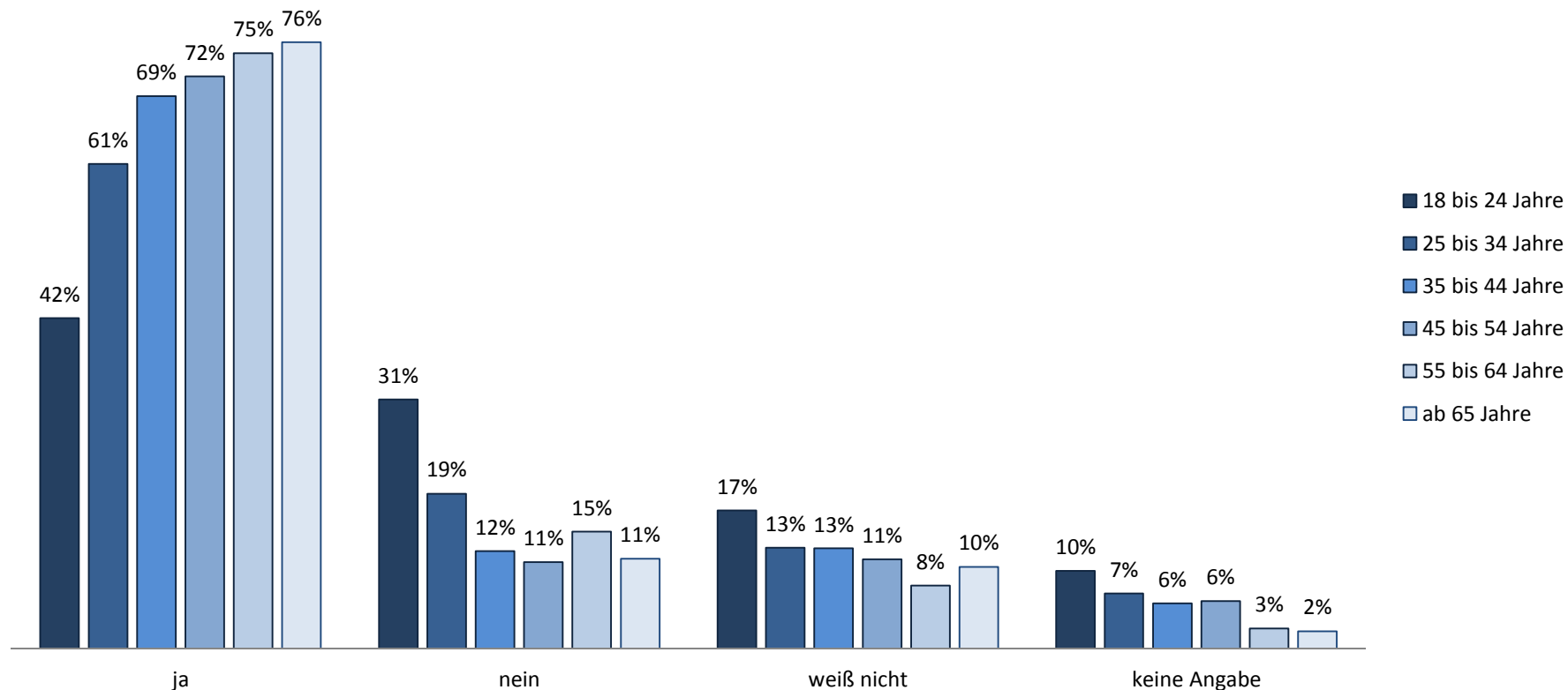
2.034 Personen aus ganz Deutschland ab 18 Jahren nahmen an der Befragung teil.

Glauben Sie, dass es aktuell eine unkontrollierte Zuwanderung von Flüchtlingen nach Deutschland gibt?



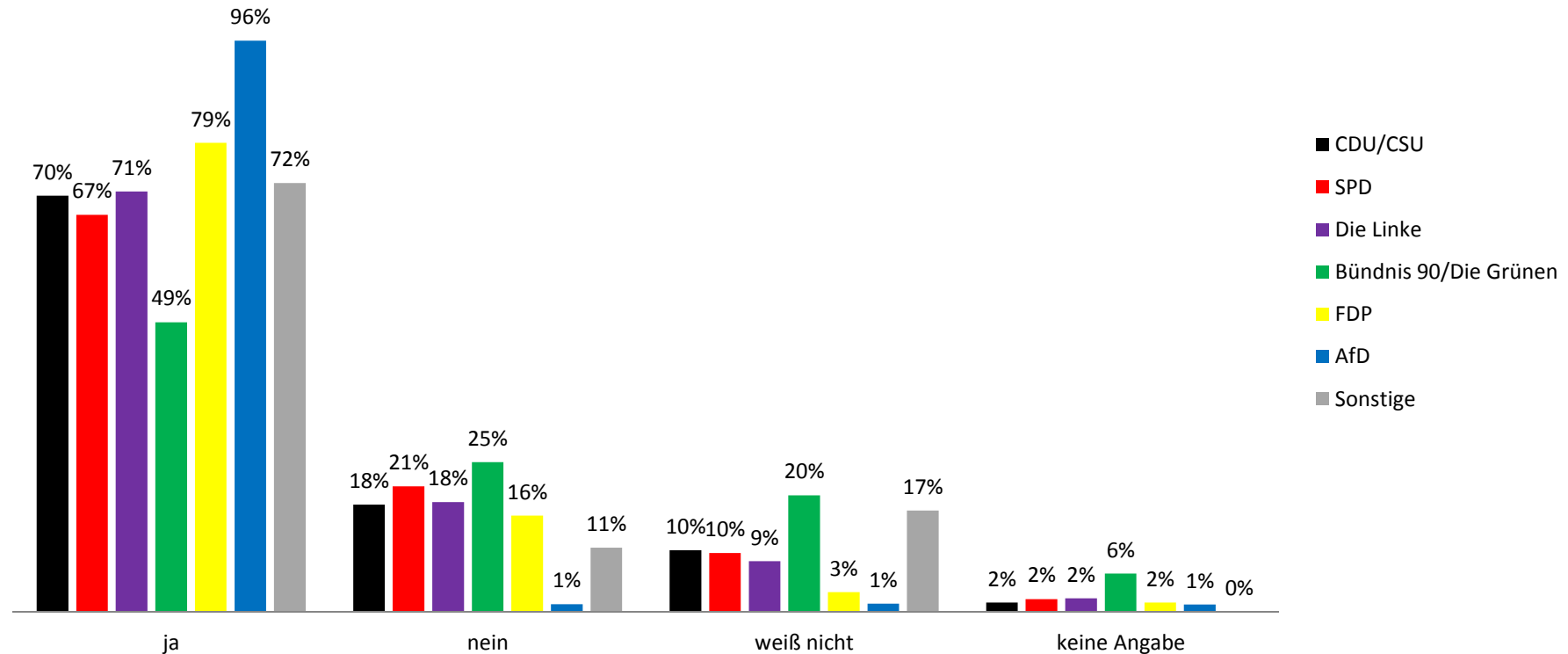
69 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass es aktuell eine unkontrollierte Zuwanderung von Flüchtlingen nach Deutschland gibt. 15 Prozent hingegen sehen dies gegenteilig. Insgesamt 16 Prozent der Befragten wissen keine Antwort auf die Frage oder machen dazu keine Angabe. Im Bezug auf die Geschlechter zeigt sich lediglich, dass Männer die Frage etwas häufiger negativ (19 %) beantworten als Frauen (11 %).

Glauben Sie, dass es aktuell eine unkontrollierte Zuwanderung von Flüchtlingen nach Deutschland gibt?



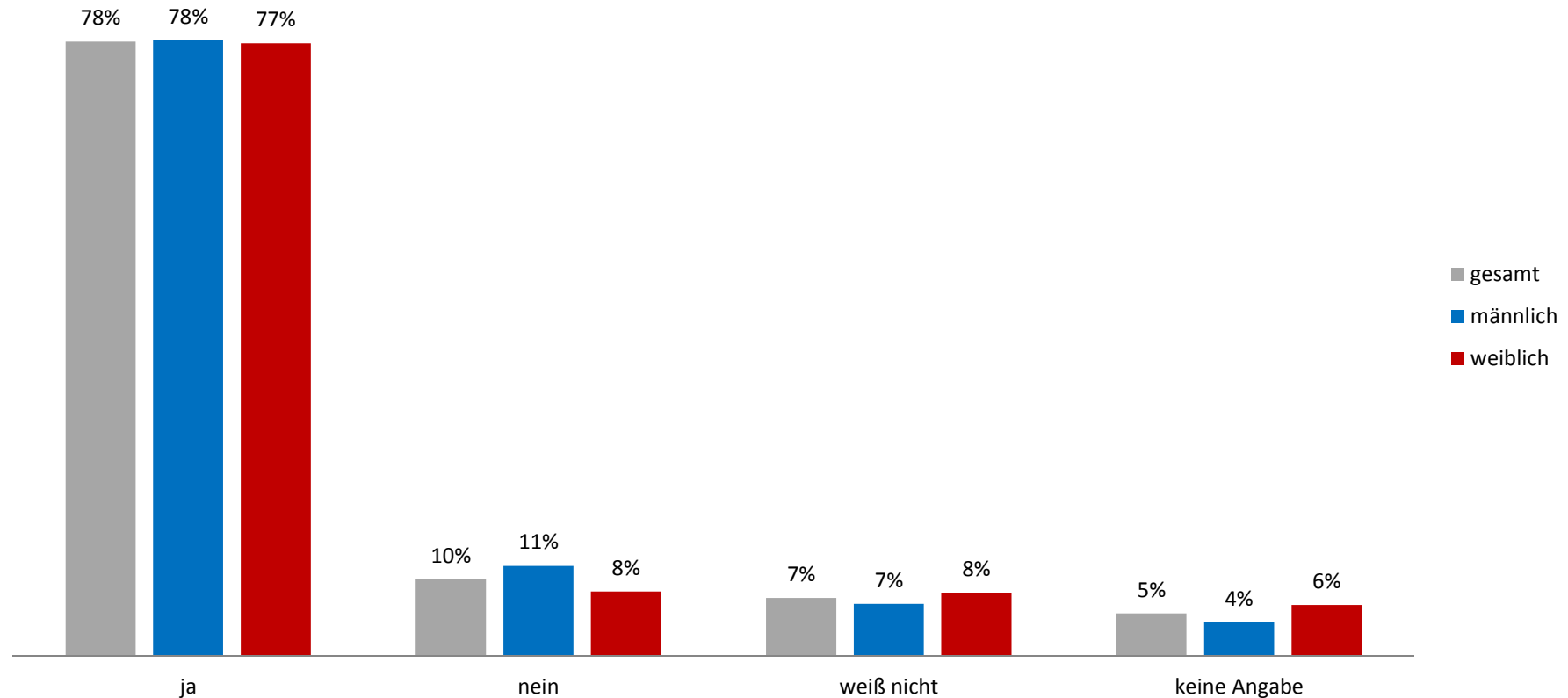
Die jüngsten Befragten zwischen 18 und 24 Jahren sind zu 42 Prozent der Meinung, dass es derzeit unkontrollierte Zuwanderung von Flüchtlingen gibt, während 31 Prozent nicht dieser Meinung sind. Bei den restlichen Altersgruppen liegt der Anteil derer, die positiv auf die Frage antworten, bei über 60 Prozent. Dabei steigt die Zustimmung mit zunehmendem Alter, sodass bereits drei Viertel der Befragten ab 65 Jahren (76 %) glauben, dass aktuell Flüchtlinge unkontrolliert nach Deutschland zuwandern.

Glauben Sie, dass es aktuell eine unkontrollierte Zuwanderung von Flüchtlingen nach Deutschland gibt?



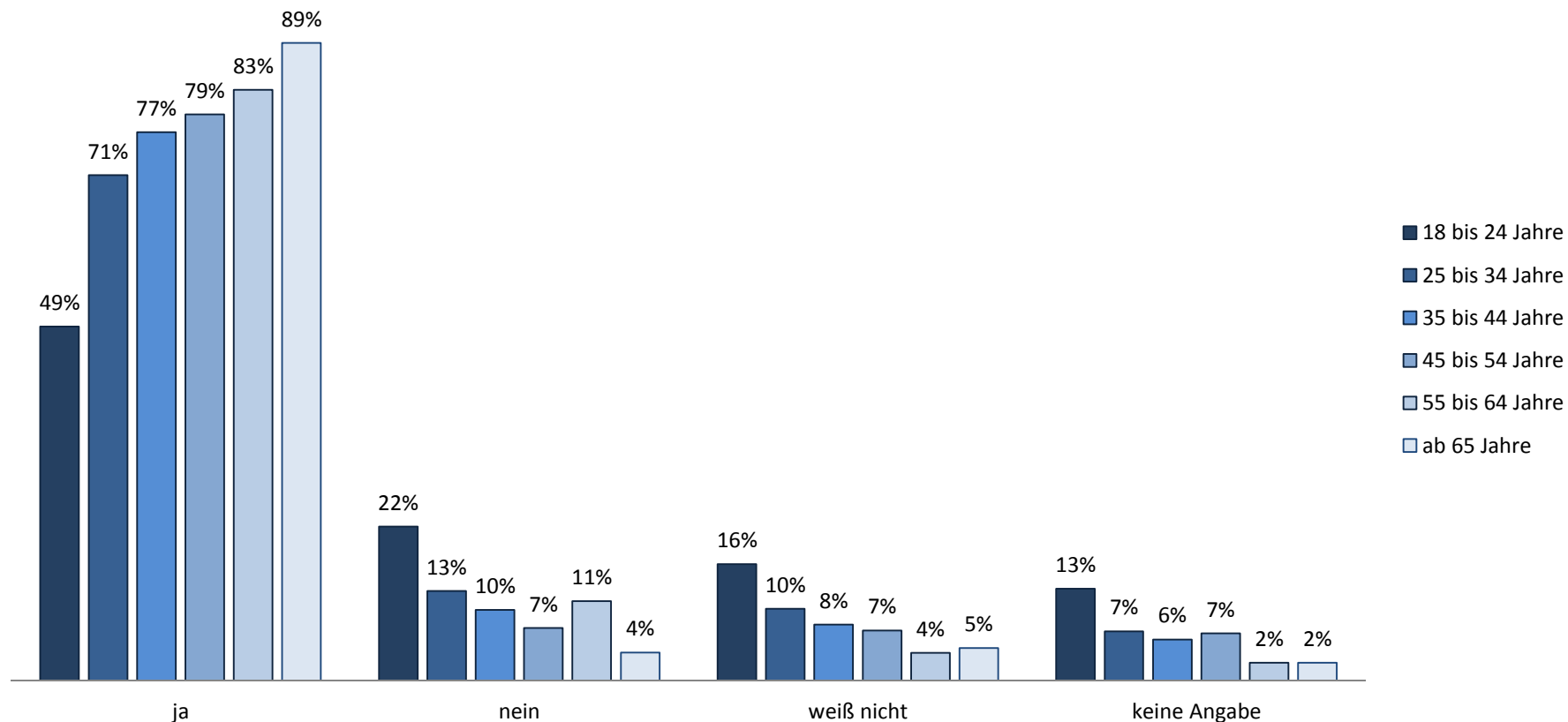
Fast alle befragte Wähler der AfD (96 %) sind der Meinung, dass derzeit unkontrollierte Zuwanderung nach Deutschland passiert. Auch 79 Prozent der FDP-Wähler sowie 71 Prozent der Linke-Wähler, 70 Prozent der CDU/CSU-Wähler und 67 Prozent der SPD-Wähler teilen diese Meinung. Lediglich bei den Grünen-Wählern findet sich keine Mehrheit, welche diese Meinung teilt (49 %).

Würde es Ihnen große Sorgen bereiten, wenn Flüchtlinge unkontrolliert nach Deutschland einwandern könnten?



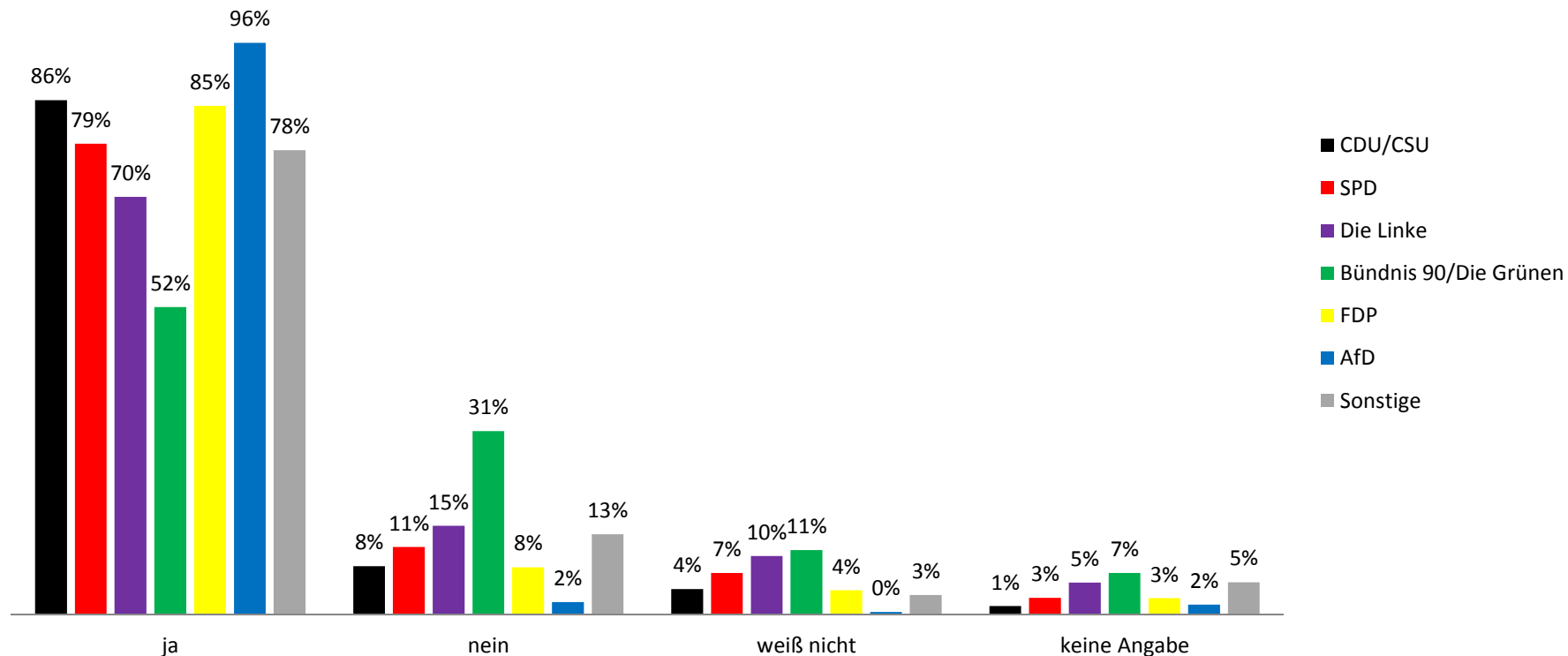
Mehr als drei Viertel aller Befragter (78 %) würde es große Sorgen bereiten, wenn Flüchtlinge unkontrolliert nach Deutschland einwandern könnten. Nur etwa jeder Zehnte (10 %) hätte dabei keine großen Sorgen. Zwischen den Geschlechtern zeigen sich hierbei kaum Unterschiede im Antwortverhalten.

Würde es Ihnen große Sorgen bereiten, wenn Flüchtlinge unkontrolliert nach Deutschland einwandern könnten?

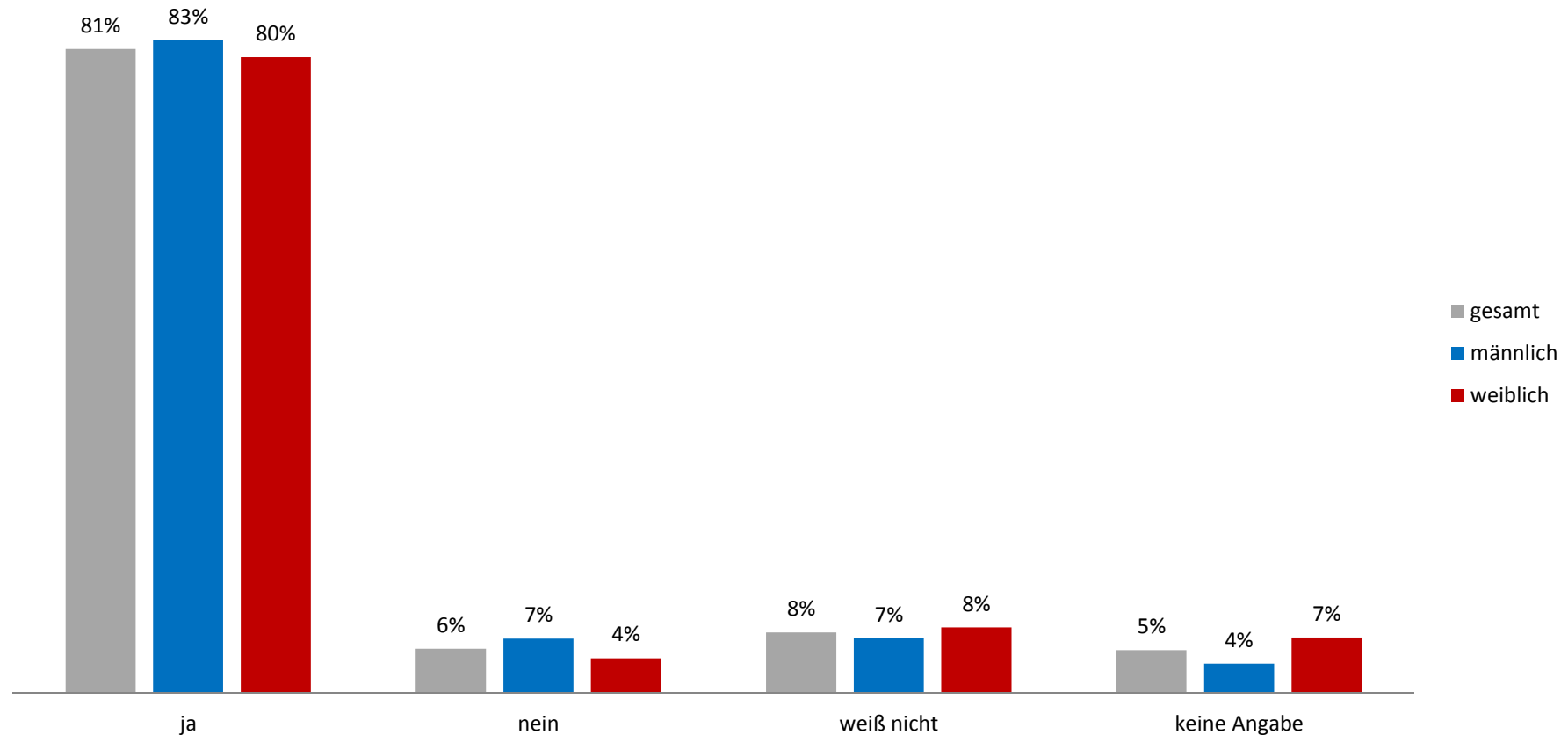


Knapp weniger als die Hälfte der befragten 18- bis 24-Jährigen (49 %) würde sich große Sorgen machen, wenn Flüchtlinge unkontrolliert nach Deutschland einwandern könnten. Bei den 25- bis 34-Jährigen sind es bereits 71 Prozent, die hierbei positiv antworten. Dieser Wert steigt weiter mit zunehmendem Alter.

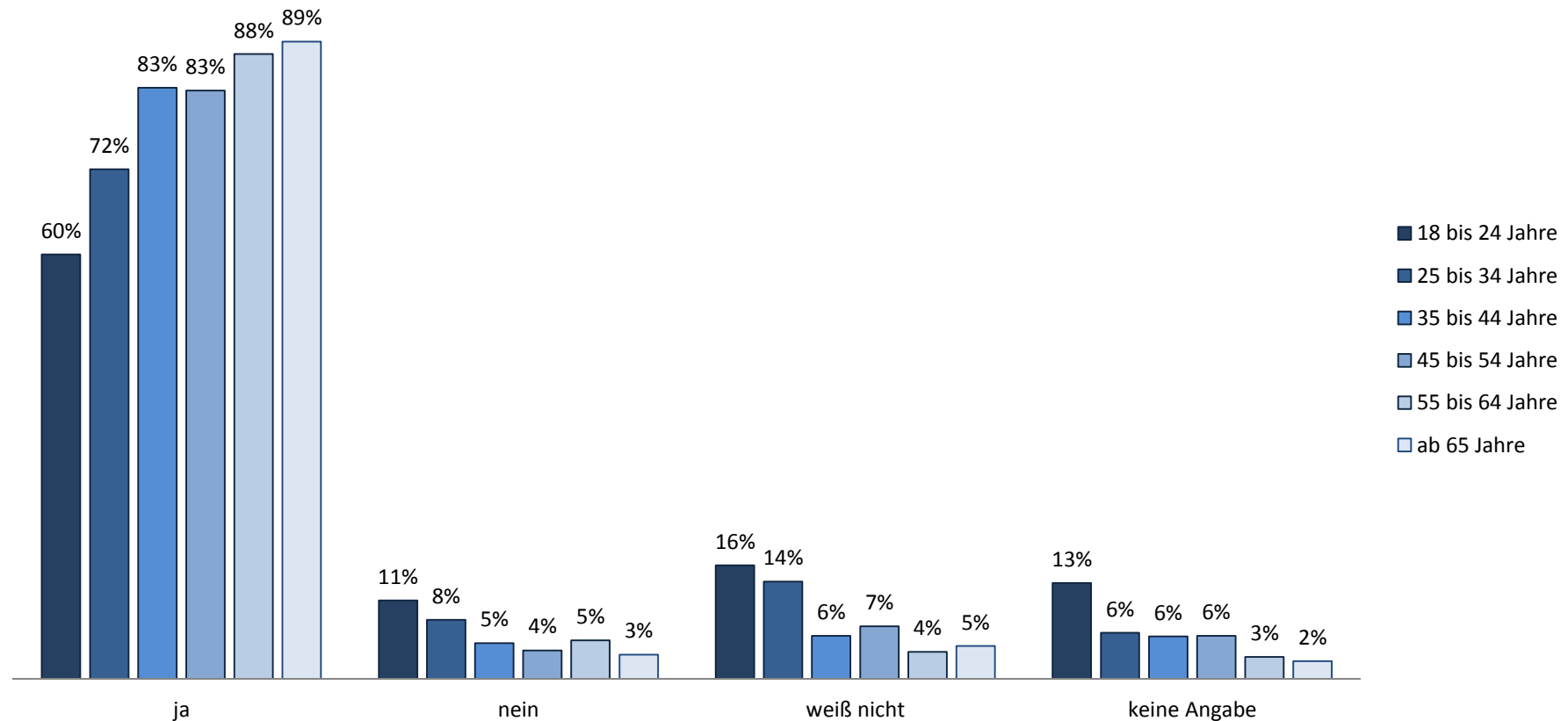
Würde es Ihnen große Sorgen bereiten, wenn Flüchtlinge unkontrolliert nach Deutschland einwandern könnten?



96 Prozent der AfD-Wähler, 86 Prozent der Unions-Wähler und 85 Prozent der FDP-Wähler würde es große Sorgen bereiten, wenn Flüchtlinge unkontrolliert nach Deutschland einwandern könnten. Von den Anhängern der SPD sind 79 Prozent dieser Meinung, bei den Anhängern der Linken sind es 70 Prozent. Auch mehr als der Hälfte der Grünen-Wähler (52 %) würde dies große Sorgen bereiten, wobei 31 Prozent der Anhänger der Grünen auf die Frage mit nein antworten.

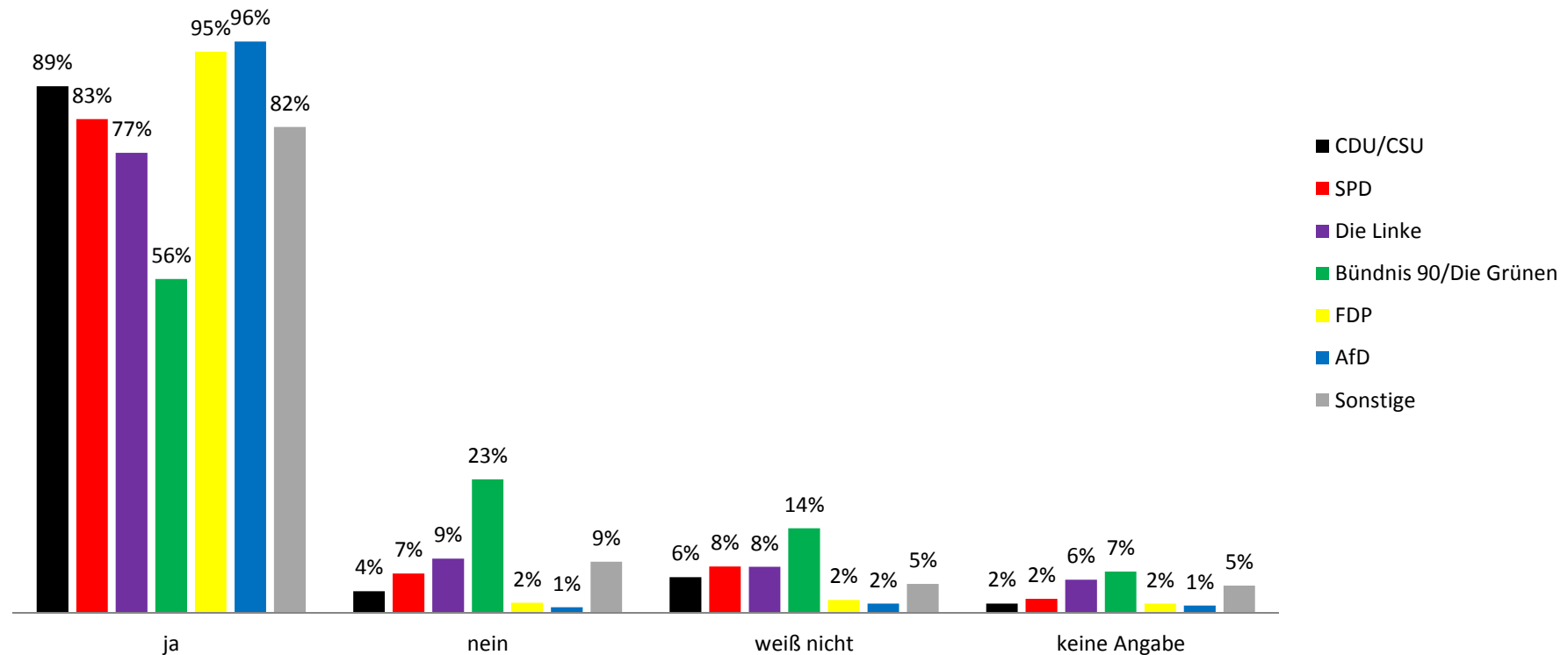


81 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass die Bundesregierung gegen illegale Einwanderung entschiedener vorgehen sollte. Sechs Prozent sind nicht dieser Meinung und insgesamt 13 Prozent wissen es nicht oder machen keine Angabe. Geschlechterunterschiede zeigen sich auch hier nicht.

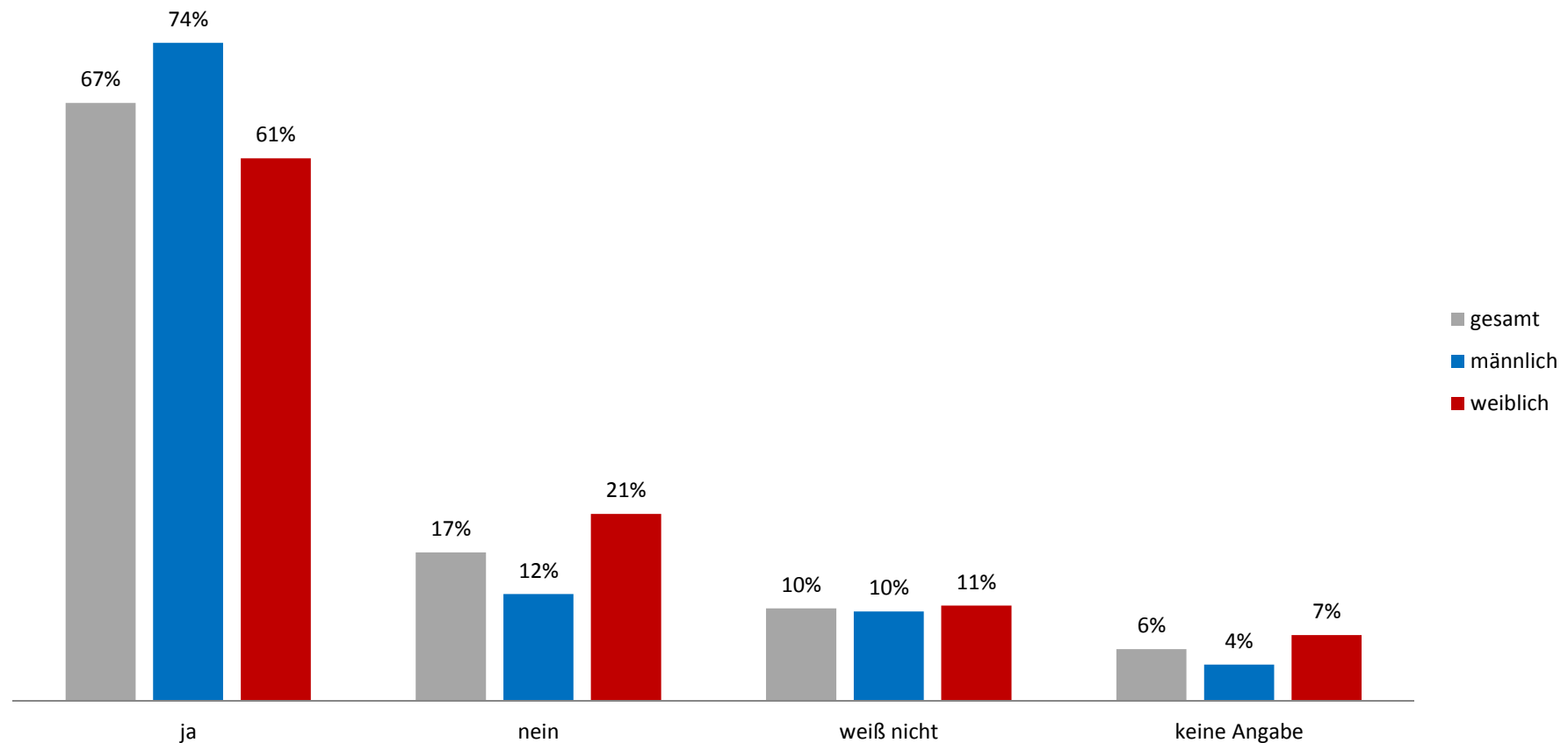


Auch hier steigt die Häufigkeit einer positiven Antwort mit dem Alter. Von den Befragten zwischen 18 und 24 Jahren sind 60 Prozent der Meinung, dass die Bundesregierung entschiedener gegen illegale Einwanderung vorgehen sollte. Bei den 25- bis 34-Jährigen sind es 72 Prozent während es bei den restlichen Altersgruppen über 80 Prozent sind (83 % bis 89 %).

Sollte die Bundesregierung entschiedener gegen illegale Einwanderung vorgehen?

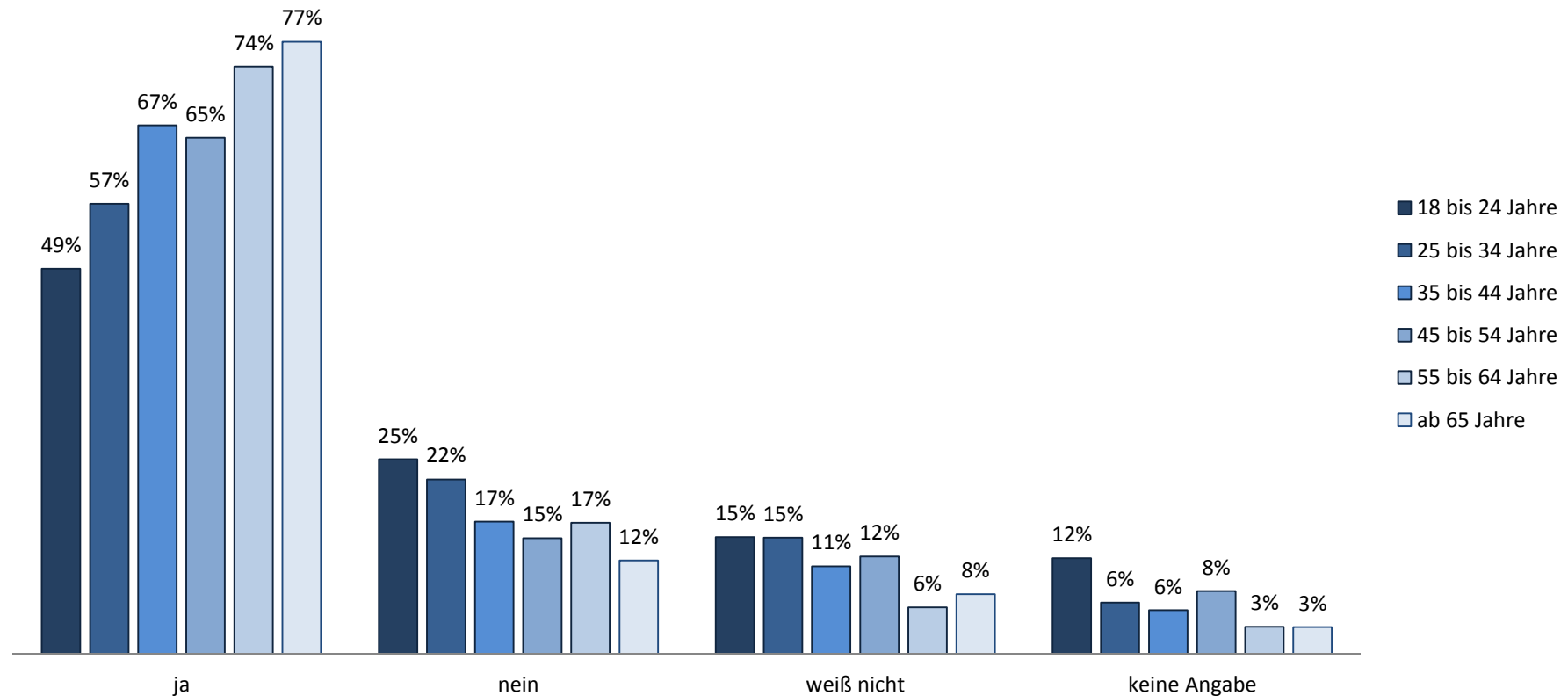


Fast alle AfD- sowie FDP-Wähler (96 % und 95 %) teilen die Meinung, dass die Bundesregierung entschiedener gegen illegale Einwanderung vorgehen sollte. Auch jeweils mehr als drei Viertel der Unions- (89 %), SPD- (83 %) sowie der Linken-Wähler (77 %) teilen diese Meinung. Von den Grünen-Wählern sind 56 Prozent dieser Meinung.



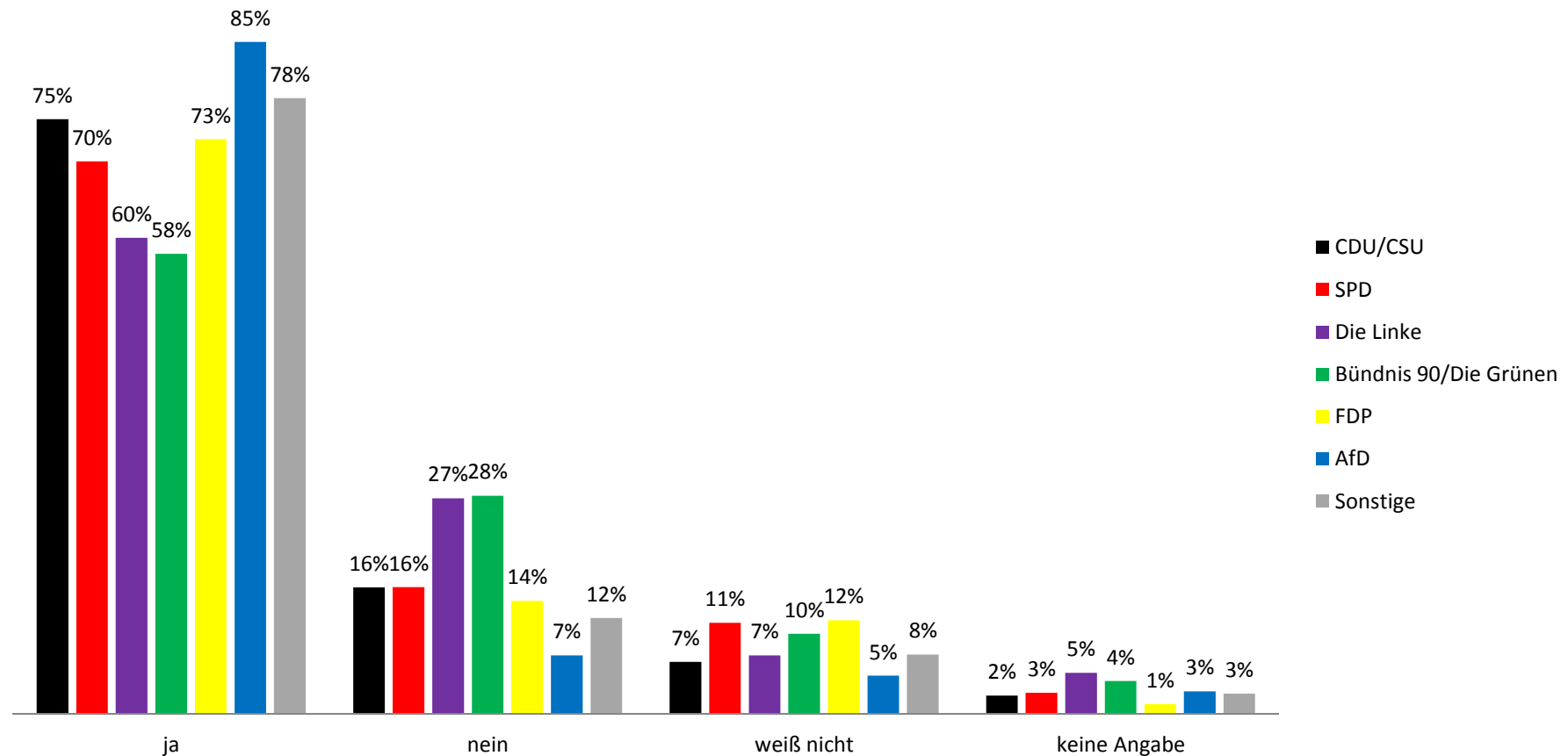
Etwa zwei Drittel aller Befragter (67 %) finden, dass es am besten für die Entwicklung von Kindern ist, wenn sie zusammen mit einer Mutter und einem Vater aufwachsen. Dabei sind Männer (74 %) häufiger dieser Meinung als Frauen (61 %). 17 Prozent aller Befragter sind nicht dieser Meinung, wobei es mehr Frauen gibt, die auf die Frage mit nein antworten (21 %) als Männer (12 %). Insgesamt 16 Prozent der Befragten wissen keine Antwort bzw. machen keine Angabe dazu.

Ist es für die Entwicklung von Kindern am besten, wenn sie zusammen mit einer Mutter und einem Vater aufwachsen?

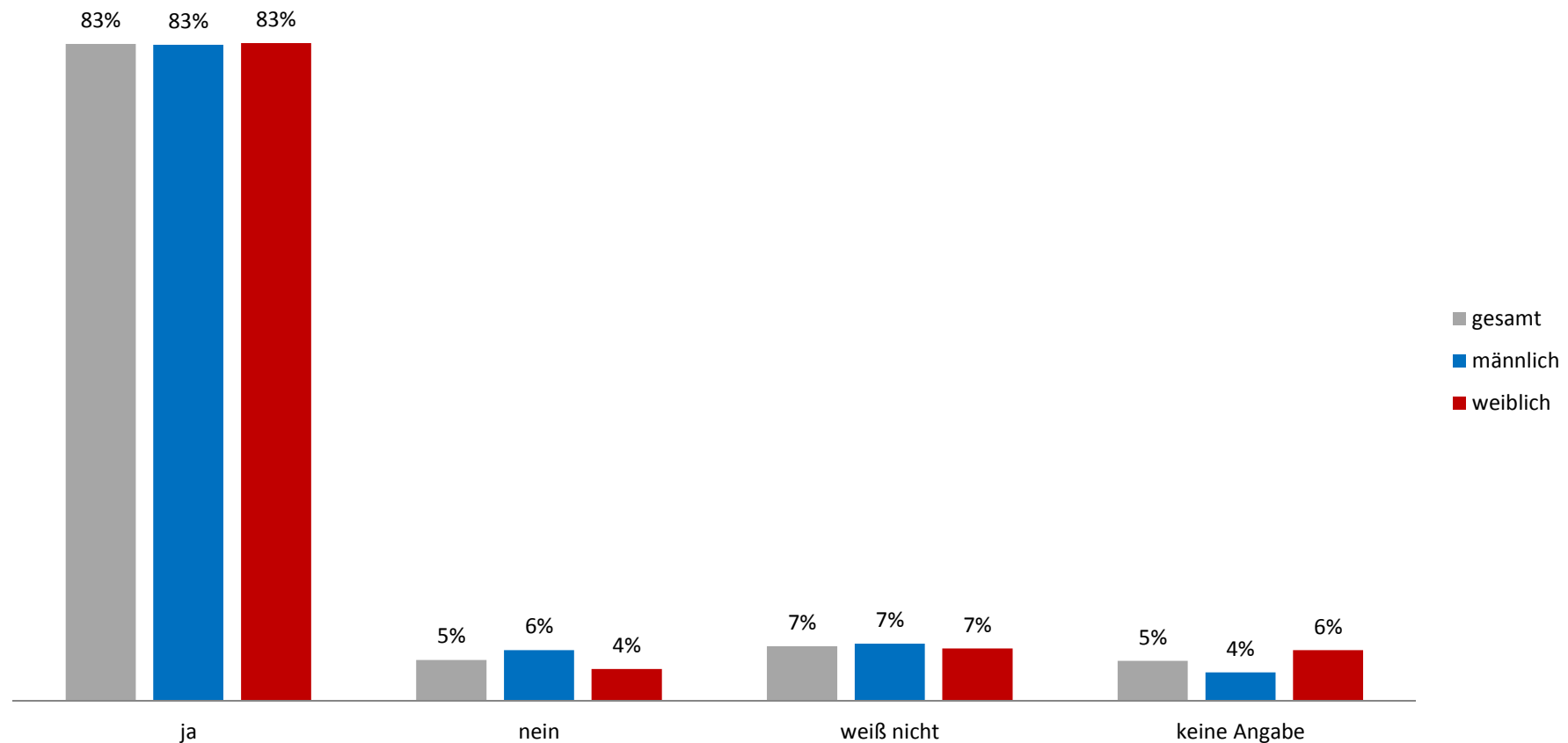


Je älter die Befragten, desto häufiger stimmen sie zu, dass es für die Entwicklung von Kindern am besten ist, wenn sie zusammen mit einer Mutter und einem Vater aufwachsen. 49 Prozent der 18- bis 24-Jährigen, 57 Prozent der 25- bis 34-Jährigen sowie jeweils etwa zwei Drittel der 35- bis 44-Jährigen (67 %) bzw. der 45- bis 54-Jährigen (65 %) sind dieser Meinung. Bei den Befragten zwischen 55 und 64 Jahren sind etwa drei Viertel (74 %) der Meinung, dass es am besten für die Entwicklung von Kindern ist, wenn sie bei einer Mutter und einem Vater aufwachsen, während es bei den ab 65-Jährigen 77 Prozent sind.

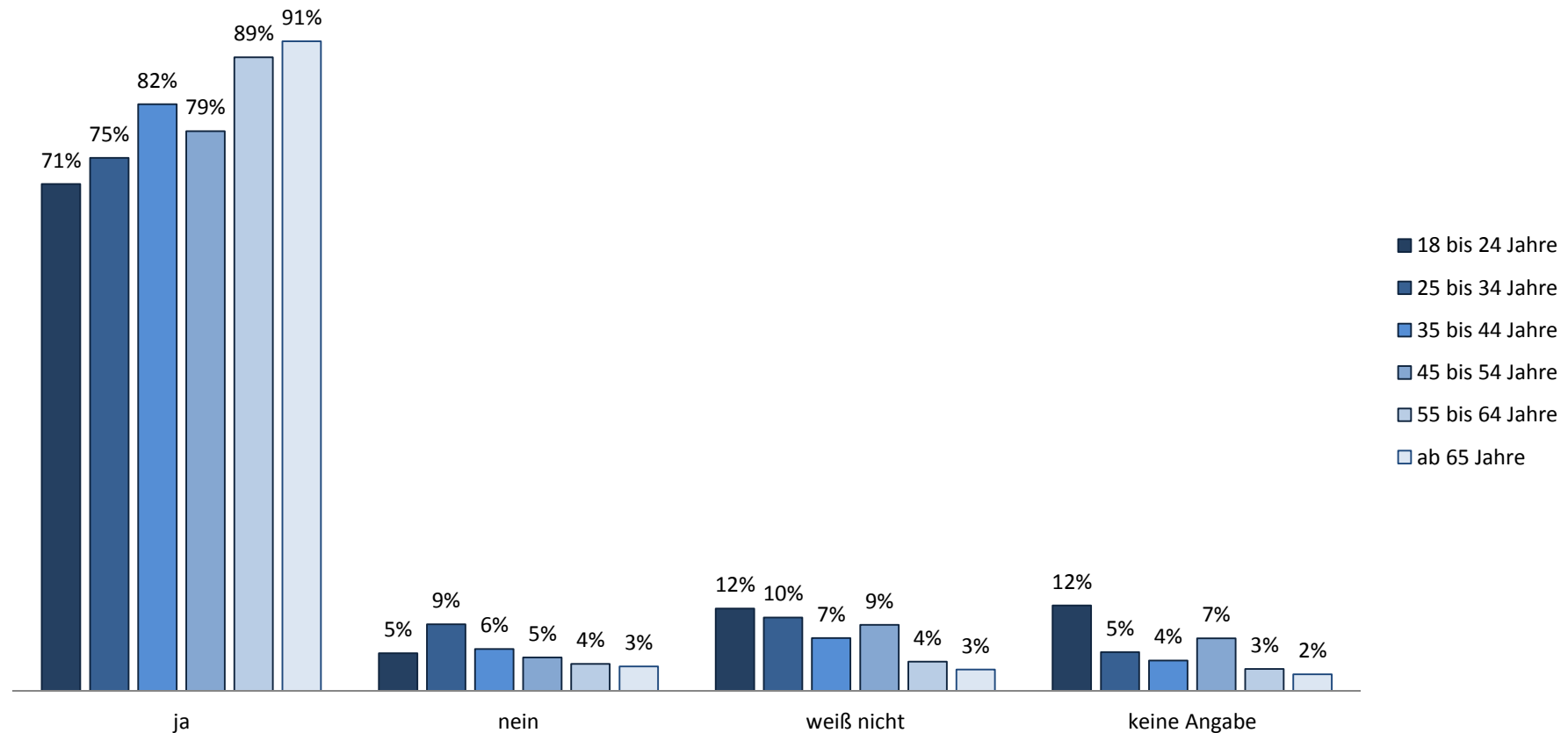
Ist es für die Entwicklung von Kindern am besten, wenn sie zusammen mit einer Mutter und einem Vater aufwachsen?



85 Prozent der AfD-Wähler antworten positiv auf die Frage. Jeweils etwa drei Viertel der befragten Unions- (75 %) und FDP-Wähler (73 %) sind ebenso der Meinung, dass die Entwicklung von Kindern vom Aufwachsen bei einer Mutter und einem Vater profitieren. SPD-Wähler sind zu 70 Prozent dieser Meinung, Linken-Wähler zu 60 Prozent und Grünen-Wähler zu 58 Prozent.

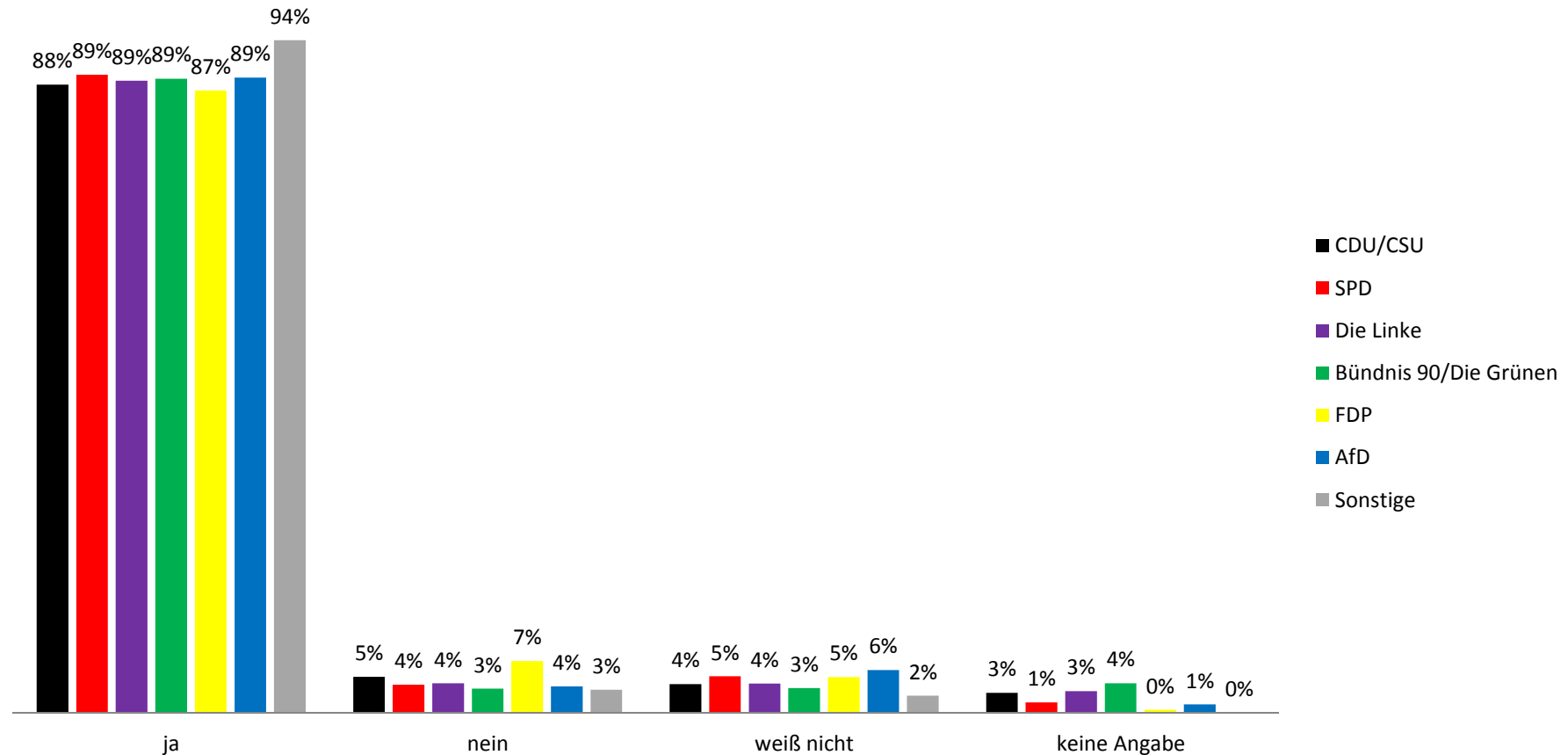


Für eine große Mehrheit der Befragten (83 %) ist es klar, dass insbesondere das Kindeswohl der Maßstab für Familienförderung sein muss. Nur fünf Prozent der Befragten sind nicht dieser Meinung. Dabei gibt es keine Unterschiede im Antwortverhalten nach Geschlechtern.



Auch hier zeigt sich, dass ältere Befragte häufiger der Meinung sind, dass das Kindeswohl der Maßstab für Familienförderung sein muss als jüngere, wobei auch 71 Prozent der 18- bis 24-Jährigen diese Meinung teilen. Bei jüngeren Befragten zeigt sich lediglich, dass sie häufiger keine Antwort geben.

Muss insbesondere das Kindeswohl der Maßstab für Familienförderung (z.B. Kindergeld und Kinderfreibetrag) sein?



Zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien herrscht grundsätzlich Einigkeit in der Frage, wonach sich die Familienförderung orientieren sollte. Zwischen 87 und 89 Prozent der Wähler aller Parteien finden, dass das Kindeswohl hier entscheidend sein muss.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

INSA-CONSULERE GmbH

Arndtstraße 1

99096 Erfurt

Tel.: 0361 380 395 70

Fax: 0361 644 311 1

Hinweise zu den Grafiken:

Auf Grund der Verwendung von gerundeten Zahlenangaben kann die Summe der Prozentzahlen unter Umständen geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Im Falle von Mehrfachantworten kann die Summe der Prozentzahlen erheblich von 100 Prozent abweichen.